Thümler für Südvariante

Bundesstraße 212 neu soll so gebaut werden, wie jetzt geplant

VON ANDREAS D. BECKER

Delmenhorst. Einen mächtigen Verbündeten hat die Bürgerinitiative "Pro B 212", die sich für den Bau der von Delmenhorst vehement abgelehnten Südvariante der Bundesstraße 212 nach dem jetzigen Planungsstand ausspricht, gewonnen: Es ist der aus der Wesermarsch stammende CDU-Landtagsabgeordnete Björn Thümler, der mittlerweile Fraktionsvorsitzender der Union in Hannover ist. Also ein Mann, dessen Wort Gewicht in der Partei hat. Und Thümler versprach der Initiative bei einem Treffen in Lemwerder, sie mit Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) und wenn möglich auch mit dem Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, zusammenzubringen.

Thümler sprach sich dafür aus, dass der Lückenschluss zwischen Krögerdorf und Bremen ab 2016 sofort in Angriff genommen werden müsse, weil ansonsten die Verkehrsbelastung auf der Landesstraße 875, die an Lemwerder vorbei durch Altenesch nach Delmenhorst führt, so drastisch steige, "dass sich Wohnen und Leben nicht mehr gefahrlos gewährleisten lasse", schreibt die BI um den ehemaligen Delmenhorster CDU-Ratsherrn Kurt Freimuth in ei-

ner Pressemitteilung. "Es wird durch den mehrjährigen Bau dieses Straßenabschnittes ohnehin noch erhebliche Beeinträchtigungen geben, die aber mit der endgültigen Fertigstellung der Straße getragen werden müssten, weil danach außerordentliche Vorteile für die Bürger zu erkennen

sind", wird Thümler zitiert.

Und auch die Kreishandwerkerschaft Delmenhorst/Oldenburg-Land nierte sich jetzt zum Bau der B212 neu. Nachdem sich die Industrie- und Handelskammer, wie berichtet, klar für einen schnellen Ausbau der Bundesstraße über die Südtrasse ausgesprochen hat, forderte das Handwerk, dass die bereits laufenden Planungen für Infrastrukturmaßnahmen. also auch die B212, zügig zum Abschluss gebracht werden sollten. "Eine Lösung, die allen Beteiligten gerecht wird, kann wohl nie gefunden werden", führte Kreishandwerksmeister Harald Mausolf jüngst auf einer Vorstandssitzung aus. "Daher ist aber schnellstmöglich die Lösung voranzutreiben, die die geringstmöglichen Beeinträchtigungen darstellt. Auf dieser Grundlage ist dann angesichts der auf die Region zukommenden drängenden Verkehrsprobleme zu entscheiden", wird Mausolf weiter in einer Pressemitteilung zitiert.